

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser hielt Montag einen mehrstündigen Kabinett ab. In gutunterrichteten Kreisen wird angenommen, daß es sich um Stellungnahme der preuß. Staatsregierung zu bestimmten in gewissem Grade in den Kommissionen abgeschlossenen Reichstagsschlüssen gehandelt habe, wie die Novelle betr. das Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozeßordnung.

* Der Kaiser, die Kaiserin, sowie die Kaiserin Friederike haben nach einer Mitteilung aus Koburg ihr Erstehen bei der Hochzeit der Prinzessin Alexandra von Sachsen-Coburg-Gotha mit dem Erbprinzen von Hohenlohe-Langenburg zugesagt.

* Prinz Peter von Oldenburg, Sohn des Herzogs Alexander von Oldenburg und des Herzogs Eugen Romanow Bechtersberg, russischer russischer Premier-Lieutenant im Preußischen Kriegsministerium, ist von Petersburg nach Oldenburg übergesiedelt. Der Prinz will den russischen Dienst verlassen und seinen Wohnsitz bauernd in Oldenburg nehmen. Dieser Schritt soll mit den in neuerer Zeit stattgehabten Lobesfällen in der oldenburgischen Adelsfamilie und der österreichischen Thronfolgefrage in engem Zusammenhang stehen.

* Bekanntlich soll nach dem Antrage Sieber ein Teil der Reichsbücher für Schuldenabtigung verwandelt werden. Der preußische Finanzminister Dr. Riquel dagegen ist für völlige Ueberweitung der Ueberschüsse an die Einzelstaaten. Da zwischen ihm und dem Reichskanzler-Präsidenten Grafen Bosabowski in diesem Punkte keine Uebereinstimmung zu erzielen war, so hat Letzterer sein Entlassungsgebot eingereicht.

* Dr. Carl Peters lädt den Zeitungen eine Erklärung zugehen, worin er besonders betont, daß die Beleidigungen, die ihm aus den beiden, im Reichstag zur Besprechung gelangten Antritten gemacht wurden, völlig auf Erfahrung beruhen. Peters stellt die Sache so dar, daß er allerdings stark entlastet erscheint, und meint, daß man gegen ihn aus persönlichen und parteidoktrinären Gründen vorgehe.

* Die vorzeitige Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und amtlichen Mitteilungen hat den Reichstagsleuten veranlaßt, durch die aufständigen Behörden ein Disziplinar-Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt einzuleiten, um zu erfahren, von wo diese Indiziationen herführen. Wiederholte Vernehmungen der Rebellen und Berichterstatuern sollen auch bereits stattgefunden haben.

* Im Reichsjustizamt ist am Montag vormittag die zur Begutachtung des im Reichsjustizamt ausgearbeiteten Gesetzentwurfs betreffend die Revision des Handelsgesetzbuches einberufene Konferenz von landwirtschaftlichen Sachverständigen zusammengetreten.

* Der Reichstag wird entgegen der bisherigen Annahme die Sitzpause am 27. d. c. eintreten lassen.

P * Ein Abänderungs-Antrag des national-liberalen Abg. Baermann zum Entwurf eines Gesetzes zur Befreiung des unlauteren Wettbewerbs fordert, in zweiter Lesung dem § 9 einen weiteren Absatz hinzuzufügen: „Wer einen Angestellten, Arbeiter oder Lehrling zur unbedeutenden Mietstellung von Geschäfts- oder Betriebsgebäuden bestimmt hat, haftet auch für die durch diese unbefugte Mietstellung verursachte Vertragsstrafe als Gemeinschuldner.“

Oesterreich-Ungarn.

* Der Wahlreform-Kussichus des österreichischen Reichsrats hat sich nun über die Wahlberechtigung in den neuen allgemeinen Kurien schließlich gemacht. Die Voraussetzungen des Wahlrechts in der allgemeinen Kurie sind: Staatsbürgerschaft, Eigenberechtigung, zurückgelegtes 24. Lebensjahr, lebensmonatliche Schäftigkeit in der Gemeinde und der Abgang von Wahlabschließungsgründen. Der Ausschuss hat

sich auch mit der Frage der Zulassung des Geistes zum Wahlrecht beschäftigt. Graf Boden gab die Erklärung ab, daß er gegen die Streichung der Bestimmung, welche das Gesetz vom Wahlrecht ausschließt, keine Einwendung erhebe. Der Ausschuss beschloß mit 19 gegen 5 Stimmen die Streichung dieser Bestimmung und somit die Zulassung des Geistes zum Wahlrecht in der allgemeinen Kurie.

Frankreich.

* Wie aus Paris gemeldet wird, brachte am Dienstag dem internationalen diplomatischen Programme gemäß Moline in der Deputiertenkammer einen Beschlußantrag ein, in welchem die Regierung erachtet wird, Verhandlungen einzuleiten bezüglich Herabstufung einer internationalen Vereinbarung zur Feststellung des Wertverhältnisses zwischen Gold und Silber. (Die Einbringung entsprechender Anträge erfolgte auch im preußischen Abgeordnetenhaus und im österreichischen Reichsrat.)

* Das Ministerium Italien-Ricotti ist am Dienstag von der Kammer, die nicht auf seinen Namen gewählt worden ist, so sympathisch begrüßt worden, als wenn es das aus der parlamentarischen Mehrheit hervorgegangene Kabinett wäre. Die äußeren Freizeit haben zu Gunsten der inneren Wandlung geworben. Die Deputiertenkammer war bei der Eröffnung gleichermaßen betroffen. Die Tribünen waren überfüllt. Ricotti gab zunächst ein Bild von der Lage, deutete auf die angeklagten Freiheitsverhandlungen hin und versicherte, daß jenes Kabinett werde diese Verhandlungen mit Belohnung und Würde fortsetzen. Allerdings sollen auch die Feindseligkeiten fortgesetzt werden. Der Ministerpräsident verlangt einen Kredit von 140 Millionen Lira durch Aufnahme einer Kline in Italien, deren Vergünstigung nur zu einem sehr geringen Teile das Budget des laufenden Finanzjahrs belasten würde, und ruft die Einigkeit der Kammer an. Die Dringlichkeit wurde fast einstimmig angenommen.

* Wie verlautet, hätte der Reges Menotti von Abessinien den Baron erachtet, die Friedensvermittlerrolle zwischen ihm und Italien zu übernehmen.

* Zwischen dem Vatikan und der russischen Regierung sollen sich bessere Beziehungen anbahnen, so wird der Polit. Korr. aus Rom gemeldet. Es heißt, daß man in Petersburg die Bereitschaft zu einer freundlichen Vereinbarung mit dem heiligen Stuhl über die Fragen, welche die Lage der katholischen Kirche in Rußland betreffen, niedergelegt habe.

* Nach einer Depesche aus Massaua ist die Lage im Süden unverändert. Das Heer des Reges hat sich bis jetzt unbeweglich gehalten. Abgavat kann länger als einen Monat widerstand leisten. Es treffen noch immer Verbrennungen und Bewunderte aus der Schlacht bei Abgavat ein. Die Hauptmacht der Derviche hat sich gegen Massala gewandt, wo eine große Karawane der Italiener einkesselt sollte.

Spanien.

* Ein bedeutsliches Streitthema auf Zustand und Führung der spanischen Truppen auf Cuba ist folgender Vorfall: Die spanische Garnison von Cane bei der Hauptstadt Havanna hielt ein Bataillon anderer Spanier, das gegen Cane heranmarschierte, für eine Ablösung Aufständischer und feuerte auf dasselbe. Dadurch wurden die Aufständischen ihrerseits in den Glauben versetzt, Cane sei von den Insurgenten eingenommen worden, und machten nun einen Angriff auf die Stadt, wobei 12 Soldaten getötet, 5 Offiziere und 27 Mann verwundet wurden, ehe der Feind aufgestellt fand.

Russland.

* An den Eröffnungsfeierlichkeiten in Moskau werden auch der Emir von Buchara und der Chan von Kiwa teilnehmen. Letzterer wird von seinem ältesten Sohne, der in Petersburg studiert, begleitet sein.

Vallonien.

* Die stadtgebundene Ausbildung des Königs Alexander mit dem früheren Regenten Ristiša hat in serbischen Regie-

rungskreisen die Vorsorge herbeigerufen. Ristiša habe dem König die Benutzung eines Kabinets aus allen drei Parteien empfohlen.

* Am Sonntag nachmittag ist die türkische Gesellschaft von Sofia wieder abgefeiert. Fürst Ferdinand fuhr mit dem Chef der Mission, Blini Baltsa, nach dem Bahnhof, wo die Minister, zahlreiche Offiziere und der Hofstaat des Fürsten sich eingefunden hatten. Die Verabschiedung zwischen dem Fürsten Ferdinand und Blini Baltsa war überaus herzlich. Die am Bahnhof anwesende Menschenmenge bereitete den Mitgliedern der Mission eine große Sympathiekundgebung. Als der Zug den Bahnhof verließ, stimmte eine Musikkapelle die türkische Nationalhymne an.

Wien.

* Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen China und Japan sind nach amtlichen Nachrichten aus Tokio, die nach Petersburg gelangt sind, ins Stocken geraten. Die Haupthindernisse bestehen in dem Verlangen der japanischen Regierung, daß die japanischen Unterthanen, die in China handeln, bei japanischen Konsuln - Geschäftsräten unterstellt werden sollen. China lehnt diese Forderung nicht unbedingt ab, verlangt aber daß entsprechend bezüglich der in Japan handelnden Chinesen, ein Zugeständnis, auf das man sich in Tokio einzugehen weigere.

Aus dem Reichstage.

Auch die Montagsitzung wurde noch ausgeholt von den weiteren Verhandlungen zum Kolonialstaat über Peters, Böck und Weidner. Ministerialdirektor Kauer konnte einige erfreuliche Mitteilungen über die Fortschritte im Handel und Plantagenbau in den Kolonien machen. Die Kolonialfreunde und Interessen hätten aber die Regierung forciert zu derartigen Forderungen ermutigt. Ohne großartige Gewaltanwendungen würde im Südwestafrika von der Befreiung von Überbau gar nicht die Rede sein können. Daburch aber würde der Überbau zu neuem werden. Keine Kolonie lebe noch heute so wesentlich vom Gelde der deutschen Steuerzahler wie gerade Südwestafrika. Den Nutzen aus dem Handel mit Südwestafrika habe lediglich die Firma Woermann und die Kolonialgesellschaft, das Reich gehe leer aus.

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Reiterabg. Prinz Arenberg (Bentr.) bestreitet namens der Budget-Kommission die beiden von dieser hier vorgeschlagenen Resolutionen, best.

1) die gesetzliche Regelung der Militärberufspflicht in den Schutzzweigen und 2) die Befreiung der deutschen Missionare der in den Schutzzweigen thätigen Missionsschwestern von der Ableistung der alten Dienstpflicht und der vorgeschriebenen militärischen Übungen während der Dauer ihrer Vorbereitung in einer deutschen Missionsschule, sofern sie demnächst in die Schutzzweige gehen, sowie für die Dauer ihrer Tätigkeit in diesen.

Abg. Böck (soz.-lib.) hält den Erfolg einer Befreiung für die Schutzzweige für durchaus notwendig und empfiehlt deshalb die erste Resolution.

Die Zahl der Wehrpflichtigen in den Schutzzweigen nehme immer mehr zu, und vielen derselben sei es unmöglich, ihrer Dienstpflicht in der Schutztruppe genügen zu können. Viele verzichten lieber auf ihre Reichsbürgerrechte, als daß sie im Mutterland ihrer Militärpflicht genährt.

Minister Klemm hofft, daß die gewünschte Vorlage über die Regelung der Militärberufspflicht in den Schutzzweigen dem Reichstag noch in dieser Session zugedacht werden.

Abg. Graf Arnim-Musau (freikons.) bestreitet, daß das Vertragsabkommen mit den englischen Schutzzweigen noch immer fordbare, daß die Regierung sogar einen neuen Vertrag mit einem englischen Syndikat geschlossen habe. Daraus ergibt sich der bemerkenswerte Aufwand, daß ein großer Teil unseres Südwestafrikanischen Schutzzweiges tatsächlich unter englischer Herrschaft steht, daß auch der Pau einer Eisenbahn dem Karakorum-Syndikat konfessioniert worden ist. Neben 100 Millionen Morgen Land innerhalb unseres Schutzzweiges in Südwestafrika befinden sich in englischer Hand.

Gerade das Südwestafrikanische Schutzzweig ist neueren großen Aufschwung, und zu danken sei das zunächst dem Handel mit Guano, dem allerdings Abg. Klemm hier besondere Aufmerksamkeit zugeschenkt.

Abg. Graf Arnim-Musau (freikons.) bestreitet, daß das Vertragsabkommen mit den englischen Schutzzweigen noch immer fordbare, daß die Regierung sogar einen neuen Vertrag mit einem englischen Syndikat geschlossen habe. Daraus ergibt sich der bemerkenswerte Aufwand, daß ein großer Teil unseres Südwestafrikanischen Schutzzweiges tatsächlich unter englischer Herrschaft steht, daß auch der Pau einer Eisenbahn dem Karakorum-Syndikat konfessioniert worden ist. Neben 100 Millionen

Morgen Land innerhalb unseres Schutzzweiges in Südwestafrika befinden sich in englischer Hand. Gerade das Südwestafrikanische Schutzzweig ist neueren großen Aufschwung, und zu danken sei das zunächst dem Handel mit Guano, dem allerdings Abg. Klemm hier besondere Aufmerksamkeit zugeschenkt.

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Resolution, die Stellen der katholischen Marine-Flottille dem wirtschaftlichen Bedürfnisse, insbesondere für die Seeflotte, insbesondere für Kurland, Helgoland, Elbmarsch, und den Norddeutschen Altkreis nach dem Vorschlag der Kommission. Die Abstimmung über die Resolution soll erst in dritter Sitzung vorgenommen werden.

Es folgt die Beratung des Marineteams.

- Zum Kapitel „Seeflotte und Garnisonschulen“ beantragt:

Abg. Bingen (Bentr.) folgende Resolution:

„Die verbündeten Regierungen zu erlauben, im nächsten Etat die Stellen der katholischen Marine-Flottille dem wirtschaftlichen Bedürfnisse, insbesondere für die Seeflotte, insbesondere für Kurland, Helgoland, Elbmarsch, und den Norddeutschen Altkreis nach dem Vorschlag der Kommission. Die Abstimmung über die Resolution soll erst in dritter Sitzung vorgenommen werden.“

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Südwestafrikanische Siedlungsgesellschaft außerordentlich Gewinne erzielt; sie habe doch ein großes Missit, und die Gelder für Bauverdienste werden leicht in Materialaufwände geleistet. Diefelbe verläufe Land auch fast ausschließlich an deutsche Ansiedler. Der Überbau sei allerdings nur an den Stellen des Südwestafrikas möglich, an denen Wasser vorhanden sei; dort aber sieht er durchaus gute Aussichten.

Damit schließt die Diskussion. — Der Etat für Südwestafrika wird bewilligt, ebenso die daraus bezügliche Titel im Etat des Auswärtigen Amtes nach den Vorschlägen der Kommission. Die Abstimmung über die Resolution soll erst in dritter Sitzung vorgenommen werden.

Es folgt die Beratung des Marineteams.

- Zum Kapitel „Seeflotte und Garnisonschulen“ beantragt:

Abg. Bingen (Bentr.) folgende Resolution:

„Die verbündeten Regierungen zu erlauben, im nächsten Etat die Stellen der katholischen Marine-Flottille dem wirtschaftlichen Bedürfnisse, insbesondere für die Seeflotte, insbesondere für Kurland, Helgoland, Elbmarsch, und den Norddeutschen Altkreis nach dem Vorschlag der Kommission. Die Abstimmung über die Resolution soll erst in dritter Sitzung vorgenommen werden.“

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Reiterabg. Prinz Arenberg (Bentr.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Minister Klemm hofft, daß die gewünschte Vorlage über die Regelung der Militärberufspflicht in den Schutzzweigen dem Reichstag noch in dieser Session zugedacht werden.

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Reiterabg. Prinz Arenberg (Bentr.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Minister Klemm hofft, daß die gewünschte Vorlage über die Regelung der Militärberufspflicht in den Schutzzweigen dem Reichstag noch in dieser Session zugedacht werden.

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Reiterabg. Prinz Arenberg (Bentr.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Minister Klemm hofft, daß die gewünschte Vorlage über die Regelung der Militärberufspflicht in den Schutzzweigen dem Reichstag noch in dieser Session zugedacht werden.

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Reiterabg. Prinz Arenberg (Bentr.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Minister Klemm hofft, daß die gewünschte Vorlage über die Regelung der Militärberufspflicht in den Schutzzweigen dem Reichstag noch in dieser Session zugedacht werden.

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Reiterabg. Prinz Arenberg (Bentr.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Minister Klemm hofft, daß die gewünschte Vorlage über die Regelung der Militärberufspflicht in den Schutzzweigen dem Reichstag noch in dieser Session zugedacht werden.

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Reiterabg. Prinz Arenberg (Bentr.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Minister Klemm hofft, daß die gewünschte Vorlage über die Regelung der Militärberufspflicht in den Schutzzweigen dem Reichstag noch in dieser Session zugedacht werden.

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Reiterabg. Prinz Arenberg (Bentr.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Minister Klemm hofft, daß die gewünschte Vorlage über die Regelung der Militärberufspflicht in den Schutzzweigen dem Reichstag noch in dieser Session zugedacht werden.

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Reiterabg. Prinz Arenberg (Bentr.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Minister Klemm hofft, daß die gewünschte Vorlage über die Regelung der Militärberufspflicht in den Schutzzweigen dem Reichstag noch in dieser Session zugedacht werden.

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Reiterabg. Prinz Arenberg (Bentr.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Minister Klemm hofft, daß die gewünschte Vorlage über die Regelung der Militärberufspflicht in den Schutzzweigen dem Reichstag noch in dieser Session zugedacht werden.

Abg. Böck (soz.-lib.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.

Reiterabg. Prinz Arenberg (Bentr.) bestreitet, daß die Kolonialstaatsfortsetzung beim Etat des Südwestafrikanischen Schutzzweiges.